



3970/AB

vom 11.05.2015 zu 4132/J (XXV.GP)

BMJ-Pr7000/0063-Pr 1/2015

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR JUSTIZ

Museumstraße 7
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152 0
E-Mail: team.pr@bmj.gv.at

Frau
Präsidentin des Nationalrates

Zur Zahl 4132/J-NR/2015

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Philipp Schrangl und weitere Abgeordnete haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Mietverhältnisse des Bundesministeriums mit der BIG und deren Evaluierung“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1 und 2:

Nachstehende Objekte hat das Bundesministerium für Justiz derzeit von der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) angemietet:

BIG-WE-Zahl	Miete/Monat Euro netto	Adresse	
10006	239.691,38	7000 Eisenstadt	Wiener Str.9
20075	181.313,48	9020 Klagenfurt	Dobernigstraße 2
30024	126.109,64	2700 Wr. Neustadt	Maria Theresien-Ring 5
30071	161.394,95	3500 Krems	Kasernstraße 9
30168	185.300,73	3100 St. Pölten	Schießstattring 6
32017	569.763,20	2100 Korneuburg	Landesgerichtsplatz 1
37758	3.535,55	3512 Mautern	Baumgartnerstraße 1-5
40023	46.873,72	4910 Ried/Innkreis	Bahnhofstraße 54-58
40060	195.550,71	4020 Linz	Pochestraße 2, 5-7, 9
40083	72.640,28	4600 Wels	Hamerlingstraße. 1
40223	325,71	4550 Kremsmünster	Schulstraße 1
50006	106.272,38	5020 Salzburg	Rudolfsplatz 2
60071	101.367,93	8010 Graz	Conrad von Hötzendorf-Straße
60774	263.475,97	8700 Leoben	Dr. Hanns Groß-Straße 7, 9
80046	45.213,44	6800 Feldkirch	Schillerstraße 1/Graf-Hugo-Wuhrgang 2
90064	333.452,64	1010 Wien	Schmerlingplatz 10-11

90082	1.017.864,31	1080 Wien	Landesgerichtsstraße 9a-11
90180	69.724,38	1100 Wien	Angeligasse 33-35
90257	92.253,73	1210 Wien	Hermann Bahr-Straße 1-3
Gesamt	3.812.124,13		

Zu 3:

Die Mietenzahlungen sind entsprechend der Bestimmungen des § 4 des (General-) Mietvertrags zwischen der Republik Österreich und der BIG vom 2. Jänner 2001 nach dem Verbraucherpreisindex wertgesichert.

Zu 4:

Da im Rechnungswesen des Bundes keine Erfassung von Auszahlungen nach den hier gefragten Kriterien erfolgt, kann die Frage nicht mit vertretbarem Erhebungsaufwand beantwortet werden. Es handelt sich dabei überwiegend um Kosten für Personal, das jedoch auch andere als die hier abgefragten Aufgaben wahrnimmt.

Zu 5 bis 7:

Eine Prüfung der Angemessenheit der Konditionen erfolgt(e) jeweils vor Abschluss der Mietverträge. Darüber hinausgehende Evaluierungen wurden bisher nicht vorgenommen. Für Objekte, bei denen das Bundesministerium für Justiz als Mieter für eine bestimmte Frist auf Kündigung verzichtet hat, wird jeweils am Ende der Frist die Angemessenheit der Mietkonditionen (neuerlich) zu prüfen sein.


Zu 8 bis 10:

Für Gerichtsgebäude wurden und werden derartige Evaluierungen jeweils bei organisatorischen Änderungen vorgenommen, zuletzt im Zuge der Bezirksgerichtsreform 2012 in Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark.

Im Bereich der Justizanstalten hat eine entsprechende Evaluierung im Gefolge der Neuerrichtung des Justizzentrums Leoben zur Auflassung der Außenstelle Judenburg geführt.

Wien, 11. Mai 2015

Dr. Wolfgang Brandstetter

	Datum/Zeit	3970/AB XXV. GP - Anfragebeantwortung 2015-05-11 14:50:16 +02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde elektronisch signiert. Auch ein Ausdruck dieses Dokuments hat die Beweiskraft einer öffentlichen Urkunde.
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter: http://kundmachungen.justiz.gv.at/justizsignatur